

## 6. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

### 6.1 Zusammenfassung

Im Fokus der vorliegenden Untersuchung stand die Forschungsfrage, ob die Republik Armenien einen sogenannten „U-turn“ (also einen Politikwandel) in seiner Außenpolitik vollzogen hat, indem es das bis Juli 2013 ausgehandelte DCFTA-Abkommen mit der EU nicht unterzeichnet hat und stattdessen, scheinbar überraschend, am 3. September 2013 verkündet hatte, der Eurasischen Union (EEU) beizutreten. Diese These wurde von verschiedenen europäischen Forschungsinstituten und Medien konsequent so konstatiert<sup>770</sup> – und konnte folglich zum Untersuchungszeitpunkt als eine vorherrschende Ansicht, zumindest innerhalb der EU, in Bezug auf die armenische Außenpolitik angesehen werden, die so auch in wissenschaftlichen Aufsätzen übernommen worden ist.<sup>771</sup> Diese Annahme kann

---

770 Siehe Mchedlishvili, George: Changing Perceptions to the West in the South Caucasus: Adoration No More, Chatham House Research Paper, February 2016, <https://www.chathamhouse.org/sites/files/chathamhouse/publications/research/2016-02-12-west-south-caucasus-mchedlishvili-final.pdf>, (03.08.2017); ebenso Zolyan, Mikayel: „Letter From Yerevan“, 13.11.2015, <http://carnegieeurope.eu/strategieurope/61962>, (03.08.2017); ebenso Hill, Fiona/Kirisci, Kemal/Moffatt, Andrew: Armenia and Turkey: From normalization to reconciliation, 24.02.2015, <https://www.brookings.edu/articles/armenia-and-turkey-from-normalization-to-reconciliation/>, (03.08.2017); ebenso Giragosian, Richard: Armenia's Strategic U-Turn, (European Council on Foreign Relations, Policy Memo), April 2014, [http://www.ecfr.eu/page/-/ECFR99\\_ARMENIA\\_MEMO\\_AW.pdf](http://www.ecfr.eu/page/-/ECFR99_ARMENIA_MEMO_AW.pdf), (15.10.2015); ebenso Popescu, Nicu: Behind – and beyond – Armenia's choice, ISS Issue Alert, 18.10.2013, <https://www.iss.europa.eu/content/behind—and-beyond—armenia's-choice>, (03.08.2017); ebenso Terzyan, Aram: The evolution of the European Union's conception in the foreign policy discourse of Armenia: Implications for U-turn and the path beyond the Association Agreement, in: Eastern Journal of European Studies, Vol. 7, No. 2, December 2016, [http://ej.es.uaic.ro/abstracts/A0702\\_TER.pdf](http://ej.es.uaic.ro/abstracts/A0702_TER.pdf), (03.08.2017); ebenso Bendavis, Naftali/Norman, Laurence: „EU Stunned by Armenia U-Turn“, <https://blogs.wsj.com/brussels/2013/09/04/eu-stunned-by-armenia-u-turn/>, (03.08.2017).

771 Siehe Fix, Liana: Eine Region im Spagat: Der Südkaukasus zwischen der Europäischen Union und Russland, in: Müller-Graff, Peter-Christian (Hrsg.): Die Beziehungen zwischen der EU und Russland. Spannung und Kooperation, (Vierteljahrszeitschrift des Instituts für Europäische Politik in Zusammenarbeit

te jedoch in der vorliegenden Arbeit empirisch begründet widerlegt werden.

Dazu wurde im Rahmen der Prozessanalyse zunächst ein unterstellter Kausalmechanismus getestet, wonach Russland Druck auf Armenien ausgeübt habe,<sup>772</sup> der sodann zu diesem kurzfristigen „U-turn“ geführt hätte. Dieser komplexe Mechanismus wurde in vier Hypothesen zerlegt, um die enthaltenen Elemente einzeln und mit jeweils angepasster Trennschärfe bzw. Gewissheit überprüfen zu können: nicht zuletzt, da die Möglichkeit bestand, dass eine Entscheidung auch ohne den Nachweis russischen Drucks hätte kurzfristig getroffen worden sein können (Äquifinalität). Als H1 – und konkurrierend H2 – wurde daher zunächst die zeitliche Dimension der Entscheidung geprüft. Dabei konnten Belege für eine jahrzehntelange, kontinuierliche wirtschaftliche und insbesondere sicherheitspolitische Annäherung an Russland aufgezeigt werden, so dass der gängige Befund einer „Überraschung Europas“ angesichts des EEU-Beitritts doch verwundern muss. Dennoch schreibt etwa der „European Council on Foreign Relations“ in einem „Policy Memo“ im Jahr des Beitritts 2015:

„The decision came as such a shock because it ended any prospects that Armenia would initial the Association Agreement with the EU as planned. And the timing of the announcement made the surprise even greater [...].“<sup>773</sup>

Auch das Europäische Parlament spricht mit Datum Juni 2017 auf seiner Internetseite von einer „Kehrtwende hin zu Moskau im September 2013“<sup>774</sup>. Dabei ergab das Interview mit dem Leiter des parlamentarischen Armenien-EU Kooperationskomitee, Samvel Farmanyan, dass die Republik Armenien der europäischen Seite sogar frühzeitig mitgeteilt habe, dass es im Falle einer russischen Einladung zum EEU-Beitritt dieser auch folgen würde. Insbesondere aber kann keine „Kehrtwende“ konstatiert werden,

---

mit dem Arbeitskreis Europäische Integration), Baden-Baden 2017, S. 118–140, hier S. 130.

772 Dies behauptet beispielsweise der Sender Euronews fortlaufend auch 2017, siehe Euronews: „Armenien und EU bringen Partnerschaftsabkommen auf den Weg“, 02.03.2017, <http://de.euronews.com/2017/03/02/armenien-und-eu-bringen-partnerschaftsabkommen-auf-den-weg>, (24.08.2017).

773 Giragosian, Richard: Armenia’s Strategic U-Turn, (European Council on Foreign Relations, Policy Memo), April 2014, [http://www.ecfr.eu/page/-/ECFR99\\_ARMENIA\\_MEMO\\_AW.pdf](http://www.ecfr.eu/page/-/ECFR99_ARMENIA_MEMO_AW.pdf), (15.10.2015), S. 1–2.

774 Vgl. Europäisches Parlament: „Drei Nachbarn der Östlichen Partnerschaft im Südkaukasus“, 06/2017, [http://www.europarl.europa.eu/atyourservice/de/displayFtu.html?ftuId=FTU\\_6.5.6.html](http://www.europarl.europa.eu/atyourservice/de/displayFtu.html?ftuId=FTU_6.5.6.html), (24.08.2017).

da Armenien bereits Jahre zuvor ein Bündnis mit Russland eingegangen ist. Die „Überraschung Europas“ kam daher wohl eher aufgrund der nur oberflächlichen Beschäftigung mit dem kleinen Staat, der Fokussierung bei der DCFTA auf die Ukraine und der europäischen Überschätzung der Wirkmächtigkeit des eigenen Integrationsanreizes zustande.

Als H3 wurde alsdann ein politischer, wirtschaftlicher oder militärischer Druck auf Armenien zum Zweck der Beeinflussung der armenischen Außenpolitik geprüft. Dabei konnten keine eindeutigen Belege für oder gegen eine Ausübung von Druck gefunden werden. Aber wenngleich das Druckpotenzial Russlands auf Armenien in allen Bereichen unzweifelhaft äußerst groß ist und die Russische Föderation gegenüber anderen Staaten durchaus in dieser Weise agiert, konnte plausibel belegt werden, dass sich die armenischen Eliten bereits zu einem erheblich früheren Zeitpunkt mit ihren politischen Entscheidungen freiwillig in diese russische Abhängigkeit begeben haben, da es den armenischen sicherheitspolitischen Interessen am dienlichsten war. Um größtmögliche Evidenz zu erhalten wurde als H4 schließlich überprüft, ob der EEU-Beitritt nicht vielmehr als Teil der bisherigen komplementären Außenpolitik Armeniens zu betrachten sei. Dabei ließ sich anhand der etablierten politikwissenschaftlichen Kategorien von Charles F. Hermann zur Bewertung von Politikwandel nachweisen, dass Armenien keinesfalls einen „U-turn“ vollzogen hat, da insbesondere im Zeitraum 2013 bis 2015 weder die internationale Ausrichtung Armeniens noch die politischen Ziele oder die Methoden und Mittel zur Zielerreichung verändert worden sind. Der auf Basis des Literaturstudiums zunächst angenommene Kausalmechanismus eines kurzfristigen politischen Richtungswechsels – mit oder ohne Druck aus Moskau – ließ sich nicht identifizieren.

Wenn folglich der EEU-Beitritt weder kurzfristig beschlossen noch von außen aufgezwungen worden ist, musste sich ein Kausalmechanismus rekonstruieren lassen, wonach das gleichzeitige Aushandeln des Assoziierungsabkommens mit der EU und des EEU-Beitritts zumindest zeitweise jeweils Armeniens Interessen entsprochen hat. Dieser angenommene Mechanismus wurde alsdann – zerlegt in den EEU-Beitritt als H5 und die Aushandlung der DCFTA als H6 – anhand der armenischen Staatsziele getestet. Dabei ergab sich, dass das gleichzeitige Verhandeln mit „Ost“ und „West“ in der Tat jeweils unterschiedlichen politischen (Staats-)Zielen und damit Interessen entsprochen hat.<sup>775</sup> Die Verhandlungen mit der EU dien-

---

775 Siehe dazu Neuendorff, Hartmut: Der Begriff des Interesses. Eine Studie zu den Gesellschaftstheorien von Hobbes, Smith und Marx. Frankfurt am Main 1973.

ten einerseits einer wirtschaftlichen Stärkung, andererseits aber auch dem Aufzeigen diplomatischer Kompromissbereitschaft, um in der Karabach-Frage nicht (noch stärker) als „Hardliner“ wahrgenommen zu werden und zudem, um die internationale Anerkennung des Genozids auf der politischen Bühne beständig zu thematisieren. Zugleich konnte aber auch aufgezeigt werden, dass die Staatsziele eine deutlich unterschiedliche Gewichtung genießen und sich der EEU-Beitritt durch die nicht derogierbare Priorisierung der Karabach-Frage und damit der Sicherheitspolitik als Ganzes erklären lässt. Dieser Kausalmechanismus konnte empirisch rekonstruiert werden.

Im Verlauf der Untersuchung ergab sich dabei die Annahme, dass die armenische Politik eine deutliche Pfadabhängigkeit aufweist, die zu suboptimalen Outcomes, insbesondere in Bezug auf die wirtschaftliche Lage und langfristige Entwicklung Armeniens, führt. Diese Pfadabhängigkeit konnte gleichfalls nachgewiesen werden und hat den EEU-Beitritt maßgeblich beeinflusst. So hat sich die Republik Armenien nach einem beständigen Kampf um seine Unabhängigkeit bis 1991 ab 1997 schrittweise erneut in eine allumfassende Abhängigkeit zu Russland begeben, um sich sicherheitspolitisch gegenüber Aserbaidschan und der Türkei zu stärken – beeinflusst durch das historische Trauma des türkischen Massakers an den Armeniern – und um den im Krieg mit Aserbaidschan bis 1994 geschaffenen (zumindest hinsichtlich der Puffergebiete) völkerrechtswidrigen Status quo bezüglich Bergkarabach abzusichern. Wirtschaftspolitisch hätte aber eine Priorisierung der Westöffnung deutlich mehr Potenzial geboten und der Republik Armenien und seinen überwiegend armen Bürgern, die seit Jahren beständig auswandern, eine bessere Zukunft versprochen. Zudem manifestiert Armenien mit dem Russland-Bündnis seine Isolation in der Region und geht – wissentlich, das haben die geführten Interviews aufgezeigt – das Risiko ein, in die fatale Situation zu geraten, dass der „Erzfeind“ Türkei eines Tages für Russland ein attraktiverer und nützlicherer Partner sein könnte. Für Armenien würde dies den sicherheitspolitischen „SuperGAU“ bedeuten. Einen Vorgeschmack hat der Bergkarabach-Krieg 2020 gegeben.

In der von Eugène Bardach begründeten amerikanischen Tradition der Abgabe von Ratschlägen an die Entscheidungsträger werden in den nachfolgenden Unterkapiteln des Resümees Schlussfolgerungen mit punktuell-

len Handlungsempfehlungen entsprechend der Analyseergebnisse formuliert.<sup>776</sup>

### 6.2 Schlussfolgerungen hinsichtlich der armenischen Politik

Die Sicherung des Fortbestandes der Republik ist oberstes Ziel armenischer Politik. Russland ist in der gegenwärtigen Konstellation tatsächlich als einziger Staat willens und in der Lage, als Schutzmacht aufzutreten. Die Republik Armenien ist daher seit ihrer Unabhängigkeit ein zunehmend enger werdendes strategisches Bündnis mit Russland eingegangen. Gerade dadurch steht aber möglicherweise langfristig die Unabhängigkeit und uneingeschränkte Souveränität Armeniens auf dem Spiel, da Russland seit 2004 die Eigenstaatlichkeit der postsowjetischen Staaten wieder stärker in Frage stellt.<sup>777</sup> Dabei hat der Grad der Integration Armeniens in russisch dominierte Strukturen in den zurückliegenden Jahren beständig zugenommen, da die Republik Armenien ihrerseits, paradoxerweise gerade aufgrund der Unzuverlässigkeit Russlands als Bündnispartner, stets auf eine „Mehrerung seines Sicherheitsgefühls“ gegenüber Aserbaidschan durch eine weitere Annäherung an Russland gedrängt hat.

Sollte sich dann aber – in einem Zustand weitgehender Integration Armeniens – die Interessenlage Russlands dahingehend wandeln, dass ein weitreichendes Entgegenkommen gegenüber Aserbaidschan oder der Türkei erforderlich sein sollte, würden die armenischen Interessen sehr wahrscheinlich den russischen untergeordnet werden. Armenien würde aller Voraussicht nach „ausgeliefert“ werden, dies zeigt sich seit Jahren exemplarisch an den russischen Waffenlieferungen an Aserbaidschan, die russischen Interessen dienen aber armenische Interessen auf das Schärfste verletzen und ist im Bergkarabach-Krieg 2020 überdeutlich geworden. Die Länderanalyse in dieser Forschungsarbeit hat zudem aufgezeigt, dass Armenien in seiner Geschichte bereits Ähnliches erfahren musste: 1921 trat Sowjetrussland auf türkisches Verlangen hin etwa 20.000 Quadratkilome-

---

776 Vgl. Bardach, Eugène: *The Implementation Game*, zitiert nach: Knoepfel, Peter/Larrue, Corinne/Varone, Frédéric/Veit, Sylvia: *Politikanalyse*, Opladen/Farmington Hills 2011, S. 18.

777 Vgl. Fischer, Sabine (Hrsg.): *Nicht eingefroren! Die ungelösten Konflikte um Transnistrien, Anchasien, Südossetien und Berg-Karabach im Lichte der Krise um die Ukraine*, (SWP-Studie, Juli 2016), [http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2016S13\\_fhs.pdf](http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2016S13_fhs.pdf), (11.07.2016), S. 11–12.

ter Land, das zu dem Zeitpunkt überwiegend armenisch bewohnt waren, an Aserbaidshan ab.

Die Russische Föderation hat überdies in den zurückliegenden Jahren keinen Zweifel daran gelassen, dass es den Kaukasus als seine Interessensphäre begreift und, beispielsweise im Falle Georgiens, die Souveränität der dortigen Staaten konsequent verletzt. Dies lässt die Entscheidung zur „Ost-Integration“ Armeniens als sehr gefährlich erscheinen. Die kleine isolierte Republik hatte aber, wie aufgezeigt, angesichts der politischen Ausrichtung kaum Handlungsalternativen, die ohne enorme Transaktionskosten gangbar gewesen wären.

So ist Armenien zugunsten einer zumindest nicht verschlechterten Lage im Bergkarabach-Konflikt 2015 ein nochmals engeres wirtschaftliches Bündnis mit Russland eingegangen. Dabei bestanden die wirtschaftlichen Verflechtungen mit Russland ohnehin bereits seit Jahrzehnten und sind zumindest gegenwärtig von höherer Relevanz als jene mit der EU. Russlands wirtschaftlicher Einfluss in Armenien ist weiterhin äußerst hoch, was mit einer großen politischen Abhängigkeit Armeniens einhergeht. Zugleich führt aber eben diese Dependenz von der krisenhaften russischen Wirtschaft auch in den eurasischen Ländern regelmäßig zu wirtschaftlichen Krisen.

Armeniens EEU-Beitritt war aber ohnehin nicht vorwiegend wirtschaftspolitisch motiviert, wie nachgewiesen werden konnte. Zu Beginn der Verhandlungen über Armeniens Beitritt zur Zollunion/EEU versprach sich die armenische Seite eine Integration Bergkarabachs. Ein De-facto-Beitritt Bergkarabachs in die EEU – zusammen mit der Republik Armenien – hätte einen immensen politischen Erfolg für die armenische Seite und bedeutenden Schritt hin zu einer Anerkennung Karabachs bewirkt. Im Dezember 2013 äußerte jedoch der kasachische Präsident Nursultan Nasarbajew seine Bedenken, dass es aufgrund der ungeklärten Statusfrage von Karabach unmöglich werden könne, eine zuverlässige Zollgrenze zu ziehen. Armeniens damaliger Präsident Sersch Sargsjan erschien daraufhin aus Protest nicht bei dem nachfolgenden Zollunionstreffen im April 2014 und der Vorsitzende des Außenpolitikausschusses des armenischen Parlaments, Artak Zakarian, erklärte am 14. Mai 2014, dass Armenien keinesfalls eine Zollgrenze zu Bergkarabach errichten werde.<sup>778</sup> Wenig später betonte jedoch der russische Außenminister bei einem Staatstreffen in Baku die intensiven Entwicklungen zwischen Russland und Aserbaidshan und stellte

---

778 Vgl. o.V.: „Armenia Rules Out Tariffs on Karabakh“, 14.05.2014, <http://asbarez.com/123001/armenia-rules-out-tariffs-on-karabakh/>, (04.08.2017).

fest, dass Armenien in den von den Vereinten Nationen anerkannten Grenzen, also ohne das Gebiet Bergkarabachs, der EEU beitreten werde.<sup>779</sup> Es zeigte sich hierbei erneut deutlich, wie wenig Armenien letztlich seine Interessen tatsächlich gegenüber seinem strategischen Partner Russland durchsetzen kann.

Aber was hätte eine langfristige Alternative sein können? Bei einer weitergehenden EU-Assoziierung wäre unzweifelhaft über kurz oder lang die als völkerrechtswidrig angesehene Besetzung Bergkarabachs auf die Tagesordnung gekommen, die Armenien sodann nicht hätte aufrechterhalten können. Zudem wurde das DCFTA-Abkommen gleichzeitig mit Aserbaidshan verhandelt, wenngleich beide Staaten das Assoziierungsabkommen letztlich nicht unterzeichnet haben. Armenien hätte also vermutlich langfristig im „Minsk-Prozess“ nachgeben und sich auf eine weitgehende Autonomie Karabachs unter der Souveränität Aserbaidshans einlassen müssen. Dies hätte sodann tatsächlich einen radikalen „U-turn“ Armeniens gegenüber seiner Politik der zurückliegenden zwei Jahrzehnte bedeutet, den die Bevölkerung kaum akzeptiert hätte.

Russland hätte als Reaktion auf eine weitere Westannäherung sicherlich seine umfangreiche militärische Unterstützung deutlich reduziert, möglicherweise wirtschaftlichen oder sogar militärischen Druck angewendet. Die EU oder USA hätten dieses Bedrohungsszenario unter den derzeitigen Umständen aber nicht abmildern können – dies zeigt sich am Beispiel des Nachbarlandes Georgien und hat sich auch im Karabach-Krieg 2020 bestätigt. Armenien hätte folglich zugunsten einer vagen Aussicht auf langfristige wirtschaftliche Besserung zumindest die völkerrechtswidrige Besetzung der Puffergebiete zu Karabach beenden (was 2020 ohnehin eingetreten ist) und eine tatsächliche Demokratisierung des Staatswesens und Entmachtung der führenden Eliten beschließen müssen (wie sie erst seit der Samtenen Revolution 2018 eingetreten ist). Gerade für die zu dem Zeitpunkt noch unangefochten herrschenden Eliten, insbesondere den Karabach-Klan, waren eben diese Schritte aber zu dem Zeitpunkt völlig undenkbar. Die Transaktionskosten des Verlassens der Pfadabhängigkeit waren und sind folglich immens hoch.

Lediglich eine gänzlich ausbleibende Unterstützung der Russischen Föderation sowie eine für Armenien verlässliche sicherheitspolitische Alternative zum Bündnis mit Russland seitens der EU bzw. des Westens, etwa

---

779 Vgl. o.V.: „Russia Assures Azerbaijan on Exclusion of Artsakh in Customs Union“, 18.06.2014, <http://asbarez.com/124205/russia-assures-azerbaijan-on-exclusion-of-artsakh-in-customs-union/>, (04.08.2017).



in Form einer engen GASP-Assoziierung oder gar eines NATO-Beitritts könnte gewissermaßen die Wirkung eines „external shocks“ nach Charles Hermann entfalten und einen „international orientation change“ in Armenien begünstigen. Dem standen zum Zeitpunkt der Entscheidung aber die Verflechtung der armenischen Eliten mit Russland entgegen, so dass zudem erst „domestic restructurings“ eintreten mussten: zumindest diese sind durch die Samtene Revolution eingeleitet worden.

Ein NATO-Beitritt ist dennoch aus einer ganzen Reihe von Gründen weiterhin völlig unrealistisch, etwa der Instabilität und wirtschaftlichen Schwäche Armeniens, der CSTO-Mitgliedschaft sowie aufgrund des auch nach 2020 noch nicht gelösten Karabach-Konflikts – zudem dürfte allein die Mitgliedschaft des „Erzfeindes“ Türkei in der NATO dies absehbar ausschließen.

Die massive Destabilisierungspolitik Russlands gegenüber der Ukraine und die schleppenden Verhandlungen und Dämpfer gegenüber Georgien bei der Östlichen Nachbarschaftspolitik sowie die faktische Rücksichtnahme auf Russland in dieser Frage dürften Armenien zusätzlich aufgezeigt haben, wie schwierig gerade eine (zweifelloso lang andauernde) Zwischenphase bis zu einer westlichen Integration wäre. Die deutsche Bundeskanzlerin Merkel hat bei dem Gipfeltreffen in Riga zudem deutlich gemacht, dass die Ostpartnerschaft „kein Instrument zur EU-Erweiterung“<sup>780</sup> sei.

Die Karabach-Frage zwingt Armenien seit 30 Jahren in eine international isolierte Lage, ist Hauptgrund für die geschlossenen Grenzen im Osten und Westen der Republik, die ihrerseits die ökonomische Krise determinieren, manifestiert die Abhängigkeit von Russland und schränkt damit die Handlungsfähigkeit und Souveränität des Staates auf ein Minimum ein. Der bis zur Samtenen Revolution regierende Karabach-Klan hatte überdies ein starkes eigenes politisches und ökonomisches Interesse ausgeprägt, so dass ein Politikwechsel seitens Armeniens nicht zu erwarten war.

Lediglich der erste Präsident Armeniens, Ter-Petrosjan, war bislang für eine Lösung der Karabach-Frage bereit, auch besetztes Territorium aufzugeben und ist dafür vom Karabach-Klan gestürzt worden. Heute ist er zwar als Führer der Oppositionspartei wieder politisch aktiv, selbst aber aufgrund von Verfehlungen in seiner Regierungszeit nicht unumstritten. Zumindest kann Ter-Petrosjan aber als einer der „echten Gegenspieler“ des vormaligen Präsidenten Sargsjan angesehen werden; dies geht unter ande-

---

780 Vgl. o.V.: „Regierungserklärung: Merkel schließt EU-Beitritt der Ukraine aus“, 21.05.2015, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/ukraine-angela-merkel-schliesst-eu-beitritt-aus-a-1034835.html>, (07.06.2015).



rem aus WikiLeaks-Dokumenten hervor.<sup>781</sup> Im Gegensatz dazu war beispielsweise Gagik Tsarukjan zwar der Gründer der Partei Blühendes Armenien und Hrant Vardanian wurde als Mitglied der Daschnaken-Partei ins Parlament gewählt – beide standen aber selbst als mächtige Oligarchen dem vormaligen Präsidenten Sargsjan nahe.<sup>782</sup> Die Opposition war somit bis zu der Samtenen Revolution kaum mehr in der Lage fortzubestehen und bot keine echte politische oder personelle Alternative an. Die seit dem Sommer 2015 existierenden Protestgruppen waren kaum institutionalisiert und schlecht organisiert: Sie stellten lediglich kleine heterogene Gruppen dar und hatten keine gemeinsame ideologische Basis. Die vorherige Politik konnten sie daher kaum beeinflussen. Die heterogenen armenischen Diasporagruppen verfolgten nicht selten eigene Agenden und hatten daher insgesamt betrachtet auch keine Lösung anzubieten. Erst die illegitime Verwirklichung des „Sargsjan project“ bot sich als gemeinsamer Protestgrund und damit als „Sammlungspunkt“ an, hinter dem die unterschiedlichsten Gruppierungen einscheren konnten. Hinter Paschinjan als „Anführer, der gar keiner sein wollte“, konnten sich alle Oppositionsgruppen einen. Alsdann war die enorme Heterogenität der Protestler, mit erhobenen und geöffneten Händen als Symbol der Gewaltfreiheit, ein enormer Vorteil: Für die Regierung war es so kaum möglich, die dezentral anwachsende, digitalisierte Bewegung zu stoppen.<sup>783</sup>

In Georgien hat bereits vor Jahren ein erfolgreicher Austausch der Eliten stattgefunden.<sup>784</sup> Neue junge Eliten können nun auch in Armenien einen Ausweg aus der geopolitischen Sackgasse finden – das Durchschnittsalter im Ende 2018 neu gewählten armenischen Parlament liegt bei 35 Jah-

---

781 Vgl. ՀԱՎՈՐՅԱԼ, ԹԱԹՈՒՆԻ: „Ter-Petrossian wanted to negotiate with Serzh Sargsian against Kocharian through US Embassy; WikiLeaks, 2008“, 08.02.2016, <http://www.aniarc.am/2016/02/08/ter-petrossian-wanted-to-negotiate-with-serzh-sargsian-through-us-embassy-wikileaks-2008/>, (02.08.2016).

782 Vgl. ՀԱՎՈՐՅԱԼ, ԹԱԹՈՒՆԻ: „Who Owns What In Armenia – Dodi Gago, Grzo, Nemets (German) Rubo, Lfik Samo“, 16.08.2015, <http://www.aniarc.am/2015/08/16/who-owns-what-in-armenia-dodi-gago-grzo-nemets-german-rubo-lfik-samo/>, (02.08.2016).

783 Vgl. Stöber, Silvia: „Nikol Paschinjan. ‚Ich bin nicht der Anführer.‘“, 13.02.2019, <https://www.zeit.de/2019/08/nikol-paschinjan-premierminister-armenien-gewaltfreiheit?fbclid=IwAR08b3Zh3o7c5FhGTk7fkD0BEKujp5cjlZrcgUeSsXFFQrFYZvtVdDTgTA8>, (10.07.2019).

784 Siehe dazu o.V.: Tankian zu Sargsjan: „Beende die Korruption und Ungerechtigkeit“, 28.02.2013, <https://haypressnews.wordpress.com/2013/02/28/tankian-zu-sargsjan-beende-die-korruption-und-ungerechtigkeit/>, (15.10.2015).

ren.<sup>785</sup> Die vorherigen Machthaber profitierten von den Monopolen und Kartellen, – aufgrund des Konfliktes – von der Ablenkung von den internen Problemen und der sich daraus ergebenden Stabilität ihrer politischen Position.<sup>786</sup> Nach einem eingeleiteten weitgehenden Austausch können möglicherweise auch nochmals neue Lösungsansätze des Karabach-Konfliktes gefunden werden. Und so hat Paschinjan tatsächlich während des Gesprächs mit seinem aserbaidshanischen Pendant auf der Münchener Sicherheitskonferenz 2020 von denkbaren „Mikrorevolutionen“ in Bezug auf Karabach gesprochen, beide Regierungschefs verfielen im weiteren Verlauf des Gesprächs aber rasch in die üblichen Muster der gegenseitigen Schuldzuweisung. Ein echtes Möglichkeitsfenster für eine nachhaltige Entspannung im Karabach-Konflikt hätte sich allenfalls ergeben können, falls sich auch auf aserbaidshanischer Seite durch einen Elitenaustausch „domestic restructurings“ ergeben oder ein „external shock“ eingetreten wäre. Dies erscheint aber seit Ende 2020 als nochmals unwahrscheinlicher, da das sehr rohstoffreiche Aserbaidshan bereits seit seiner Unabhängigkeit 1991 von Gaydar Aliev (aserbaidshanisch: Heyder Əliyev) und seit dessen Tod 2003 von seinem Sohn İlham Aliev (İlham Əliyev) autoritär regiert wird. Mit der Teileroberung Karabachs im November 2020 und der durch den Waffenstillstand erzwungenen Rückgabe der zuvor armenisch kontrollierten Puffergebiete konnte der zuvor unter anderem aufgrund des niedrigen Ölpreises durchaus unter innenpolitischem Druck stehende Aliev einen ganz massiven Propagandaerfolg verzeichnen.

Die Politik der Europäischen Union in Bezug auf die Länder der Östlichen Partnerschaft ist ausschließlich durch „Soft Power“-Elemente gekennzeichnet. Es geht um Wirtschaftspolitik und die freiwillige Übernahme von westlichen Werten. Zumindest hinsichtlich der Annäherung an „Standards der Europäischen Union“<sup>787</sup> hat Armenien in der Vergangenheit tatsächlich durchaus große Fortschritte gemacht. Sicherheitsgarantien des Westens sind aber auch weiterhin nicht zu erwarten. Russland konnte sich

---

785 Vgl. Martin, Armenien ist unterwegs in eine moderne Zivilgesellschaft.

786 Vgl. Smolnik, Franziska/Halbach, Uwe: Der Konflikt um Berg-Karabach im Lichte der Krise um die Ukraine, in: Fischer, Sabine (Hrsg.): Nicht eingefroren! Die ungelösten Konflikte um Transnistrien, Anchasien, Südossetien und Berg-Karabach im Lichte der Krise um die Ukraine, (SWP-Studie, Juli 2016), [http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2016S13\\_fhs.pdf](http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2016S13_fhs.pdf), (11.07.2016), S. 67–88, hier S. 86–87.

787 Vgl. o.V.: „Regierungserklärung: Merkel schließt EU-Beitritt der Ukraine aus“, 21.05.2015, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/ukraine-angela-merkel-schliesst-eu-beitritt-aus-a-1034835.html>, (07.06.2015).

im Karabach-Krieg 2020 als Ordnungsmacht im Südkaukasus behaupten. Zugleich hat auch die Türkei ihre Stellung als Regionalmacht deutlich gemacht und aufgezeigt, dass sie sich unter Präsident Erdogan bei ihrem Handeln nicht an „westliche Werte“ gebunden fühlt. Die Europäische Union, wie auch die durch die Präsidentenwahl 2020 gelähmten und selbstfixierten USA, haben bei alledem keine Rolle gespielt.

Die Zerrissenheit zwischen West (zunächst dem Osmanischen Reich) und Ost (dem Russischen Reich, zuvor Iran) zieht sich durch die gesamte armenische Geschichte. Russland ist dabei nicht selten als Schutzmacht (für den Ostteil) aufgetreten, wenngleich sich die armenischen Sympathien für die russische Politik in Grenzen halten, da ihnen durchaus bewusst ist, dass die Russen stets ihre eigenen Interessen in Bezug auf die Region verfolgt haben. Kulturell ist die Nähe zum Westen, heutzutage nicht zuletzt durch den Einfluss der dortigen Exilarmenier, hoch. Daher betrachtet sich Armenien kulturell und religiös überwiegend als Teil der europäischen Familie und hatte im Verlauf der DCFTA-Verhandlungen auf rasche westliche Investitionen und damit einen wirtschaftlichen Aufschwung gehofft. Mit den sich abzeichnenden Inkompatibilitäten einer weiteren EU-Annäherung zum Bündnis mit Russland, zudem aufgrund der Pfadabhängigkeit und der Priorisierung der Karabach-Frage durch die zu dem Zeitpunkt herrschenden Eliten wurden die außen- und sicherheitspolitischen Prämissen aber rasch über einen allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwung gestellt. Letzterer war zwar bereits seit dem Wahlkampf 2008 ein wichtiges Thema gewesen, allerdings stand die strategische Prioritätensetzung zu keinem Zeitpunkt ernsthaft zur Disposition und hätte daher auch nicht überraschend für die EU sein dürfen.<sup>788</sup>

Die armenische Republik hat sich mit seinen territorialen Grenzen nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion keineswegs abgefunden. Der Wunsch nach einer „Rückgewinnung“ alter Siedlungsgebiete, auch über Karabach hinausgehend, ist omnipräsent und steht der Republik bei einer

---

788 „Wir haben unseren EU-Partnern immer gesagt, dass es Armeniens Anliegen ist, seine Beziehungen mit der EU zu entwickeln, jedoch niemals auf Kosten seiner strategischen Partnerschaft mit Russland. (...) Wenn wir an den Punkt kommen, an dem wir eine Wahl treffen müssen, hat Armenien keine andere Option, als seine Sicherheit zu wählen.“ Aussage von Samuel Farmanjan, der die armenische Delegation in der gemeinsamen Kommission des EU-Parlaments geleitet hat und vom Autor in Eriwan interviewt worden ist, zitiert nach Bernath, Markus: „Aufgerieben zwischen Putin und Ashton“, 06.11.2013, <http://derstandard.at/1381370972753/Armenien-Aufgerieben-zwischen-Putin-und-Ashton>, (20.05.2016).

Annäherung an den Westen auch weiterhin im Weg – so würde wohl kein Armenier jemals aussprechen, dass der Ararat ein „türkischer Berg“ sei, obwohl dieser seit 1921 staatsrechtlich zur Türkei gehört.

Der Karabach-Klan hat den armenischen Staat über Jahrzehnte hinweg infiltriert und dadurch auch die gesellschaftliche Sicht in dieser Frage zusätzlich beeinflusst. Wenn man die „Karabachis“ als eigene Volksgruppe getrennt von den Armeniern betrachtet, kann man von einem jahrelangen „Gefangenhalten“ („state capture“) der Republik Armenien durch den Karabach-Klan und dem Zwingen auf eine fatale Bahn der weiteren Abhängigkeit von Russland ausgehen, mit dem Ziel – neben der Selbstbereicherung – eine Staatswerdung Karabachs und anschließende Vereinigung mit der Republik Armenien zu bewirken.

Seit dem verlorenen Krieg 2020 ist dies in noch weitere Ferne geraten und es wird nun für Ministerpräsident Paschinjan, sofern er sich überhaupt im Amt halten kann, deutlich schwieriger als zuvor sein, seinen begonnenen Reformkurs – der bereits, wie aufgezeigt, vielversprechende Früchte trug – fortzusetzen. Dabei hätte es im erklärten Sinne der Östlichen Partnerschaft gelegen, Armeniens Demokratisierung und wirtschaftliche Erholung zu fördern – das gänzliche Ignorieren der Sicherheitsbedürfnisse in der Region und die sicherheitspolitische Handlungsunfähigkeit der EU haben dies jedoch unmöglich werden lassen. Im Ergebnis haben die autokratischen Regime der Region eine weitere Demokratisierung Armeniens erfolgreich gebremst.

Resümierend ist Armenien 2013 bis 2015 seiner komplementären Politik seit 1991 treu geblieben, da solange mit allen Seiten verhandelt worden ist, wie es unter Wahrung der Hierarchie der Staatsziele sinnvoll erschien. Diese komplementäre Politik, mit eindeutiger „Ost“-Präferenz bei Inkompatibilitäten, ist – trotz des Wandels ab 2018 in abgeschwächter Ausprägung und seit dem Karabach-Krieg 2020 wieder in stärkerem Maße – auch in der näheren Zukunft unter einem Ministerpräsidenten Paschinjan wie auch unter einem potenziellen Nachfolger zu erwarten.

### 6.3 Schlussfolgerungen hinsichtlich der östlichen Politik

Russland ist sich seines Einflusses im Südkaukasus keinesfalls sicher. Dies ließ sich bereits beispielhaft an den erwähnten, unverhältnismäßig weitreichenden Reaktionen auf die „Electro“-Proteste in Eriwan 2015 erkennen, bei denen antirussische Elemente durchaus eine Rolle spielten, da die be-

troffenen Schlüsselbranchen russisch kontrolliert sind.<sup>789</sup> Einerseits wurden die Proteste von russischen Medien umgehend als vermeintlich westliche Einflussnahme gebrandmarkt, andererseits erhielt Eriwan rasch ein russisches Vorzugsdarlehen für den Kauf von Waffen und eine Senkung des Gaspreises, um die Proteste zum Erliegen zu bringen.<sup>790</sup> Dasselbe Muster erklärt auch die Passivität während der Samtenen Revolution, die sich vorwiegend gegen die Korruption im eigenen Land richtete, so dass eine strenge Reaktion Moskaus in der öffentlichen Wahrnehmung völlig unvertretbar gewesen wäre und eine andere Einflussnahme kaum mehr möglich war. Die russischen Medien berichteten überraschend positiv über den Rücktritt von Präsident Sargsjan. Dennoch hat Russland sich im Karabach-Krieg 2020 noch einmal behaupten können, musste aber bereits Zugeständnisse an die Türkei machen, um sie im Weiteren aus Karabach „rauszuhalten“.

Während Russland in den 1990er Jahren aufgrund seiner eigenen Schwäche noch ein erhöhtes Interesse an einer Kooperation mit internationalen Akteuren hatte, um destabilisierende Konflikte in seiner Peripherie zu verhindern, geht es seit der Jahrtausendwende wieder verstärkt um die Geltendmachung von Einfluss in der Region.<sup>791</sup> Russland betrachtet sich als natürliches Integrationszentrum in der Region und sieht seinerseits die Erweiterung des westlichen Einflussbereichs durch den kontinuierlichen Export des liberalen Gesellschaftsmodells in angestammte russische Interessenssphären als Bedrohung an.<sup>792</sup>

Aus russischer Sicht war es daher lange Zeit sinnvoll, den Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidschan auf hohem Niveau am Schwelen zu halten – ohne ihn aber zu einem heißen Krieg werden zu lassen, an dessen Ende möglicherweise eine Seite als Gewinner darsteht, der die Verhältnisse seinerseits abschließend neu ordnet – genau dies drohte im November 2020. Diese ambivalente Haltung Russlands, die „eng mit der autoritären Entwicklung des russischen politischen Systems verknüpft“<sup>793</sup> ist, konnte an den umfangreichen Rüstungslieferungen an Aserbaidschan und Armenien einerseits und an der zugleich starken Zurückhaltung gegenüber dem

---

789 Vgl. Falkowski, *Electroprotests in Armenia*, S. 8.

790 Vgl. ebd.

791 Vgl. Fischer, Sabine (Hrsg.): *Nicht eingefroren! Die ungelösten Konflikte um Transnistrien, Anchasien, Südossetien und Berg-Karabach im Lichte der Krise um die Ukraine*, (SWP-Studie, Juli 2016), [http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2016S13\\_fhs.pdf](http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2016S13_fhs.pdf), (11.07.2016), S. 6.

792 Vgl. ebd., S. 11.

793 Ebd., S. 6.

CSTO-Bündnispartner Armenien in Konfliktfällen, der Wirkungslosigkeit trotz des Co-Vorsitzes bei der vermittelnden Minsk-Gruppe, bei gleichzeitig raschen und erfolgreichen trilateralen Vermittlungsvorschlägen, etwa im April 2016, andererseits aufgezeigt werden. Russland war und bleibt dabei im Karabach-Konflikt aufgrund seiner militärischen Verwobenheit selbst Konfliktpartei und stellt mit seiner nationalistischen und revisionistischen Politik gegenüber einer westlich angeleiteten Weltordnung ein erhebliches Sicherheitsrisiko dar.<sup>794</sup>

Mit dem Karabach-Krieg 2020, der nicht im Interesse Russlands lag, sondern von der Türkei befeuert worden ist, wurde Moskau im Ergebnis dazu genötigt, den Konflikt faktisch einer Lösung anzunähern, um seinen Einfluss nicht zugunsten der Türkei einzubüßen. Durch die Stationierung von etwa 2.000 russischen Soldaten zur Stabilisierung des neugeschaffenen Status quo ist tatsächlich der Schutz der Karabach-Armenier weiterhin sichergestellt und zugleich sind die Bedürfnisse der aserbaidzschanischen Seite weitgehend gestillt. Die „Last“ der völkerrechtswidrigen Besetzung der Puffergebiete durch armenische Kräfte, die kaum freiwillig aufgegeben worden wäre, ist weggefallen. Zweifellos wird es für die armenische Seite in der Folgezeit äußerst schwer werden, diesen Verlust zu verschmerzen. Doch sollte dies gelingen und sollten sich zugleich die modernisierenden Kräfte um Paschinjan behaupten können, könnte es den außenpolitischen Handlungsspielraum der Republik Armenien langfristig deutlich erhöhen.

Russland hat folglich ein Interesse, in den kommenden Jahren den Konflikt nur soweit zu stabilisieren, dass die Türkei keinen weiteren Einfluss in der Region gewinnen kann. Eine gänzliche Lösung liegt aber weiterhin nicht im russischen Interesse.

Solange der Westen dem Südkaukasus keine höhere Priorität einräumt, verfügt Russland dabei über eine Vielzahl an Hebeln zur Beeinflussung der Region: vom Entzug von existenziell wichtigen Sicherheitsgarantien, über wirtschaftliche Sanktionen und Energie-„Diplomatie“ bis hin zur Unterbindung von Arbeitsmigration oder einer Ausbildung in Russland.

Es konnte aufgezeigt werden, dass das strategische Bündnis mit Russland für Armenien nicht besonders verlässlich, aber dennoch weiterhin alternativlos ist. Eine weitere ökonomische Annäherung Russlands an die Türkei, etwa durch die Gaspipeline „Turkish Stream“, gilt trotz der wiederkehrenden politischen Spannungen langfristig als wahrscheinlich.<sup>795</sup> Dabei hat Russland ein zusätzliches opportunistisches Kooperationsinteresse,

---

794 Vgl. Fischer, Nicht eingefroren, S. 8–9.

795 Vgl. Halbach, Armeniens Beitritt zur Eurasischen Wirtschaftsunion, S. 4.

da eine weitere Annäherung an den ohnehin umstrittenen türkischen Präsidenten die Südostflanke der NATO weiter schwächt.

### 6.4 Schlussfolgerungen hinsichtlich der westlichen Politik

Die maßgeblichen Gründe für die Ablehnung des DCFTA-Abkommens seitens der Republik Armenien im Untersuchungszeitraum waren 1.) die von der Karabach-Frage dominierte Sicherheitspolitik, die eine militärische Abhängigkeit von Russland zur Folge hat, 2.) die wirtschaftliche Verwobenheit (insbesondere der armenischen Oligarchen) mit Russland und 3.) die für Armenien unvorteilhaft erscheinenden „One size fits all“-Verträge, also ein nicht auf die armenischen Bedürfnisse zugeschnittenes, sondern allgemeines DCFTA-Abkommen, das gleichlautend auch dem Opponenten Aserbaidschan angeboten wurde.

Hinsichtlich der vermeintlichen Abkehr Armeniens vom Westen – wie aufgezeigt hat jedoch zu dem Zeitpunkt mitnichten ein Politikwandel stattgefunden – ist daher auch Kritik an der damaligen Vorgehensweise der EU zu üben: Durch das nicht auf die individuellen Bedürfnisse der jeweiligen Adressaten angepasste DCFTA-Abkommen wurde Armenien letztlich in Richtung einer „Or-or“-Politik gedrängt, bei der es aufgrund der bestehenden sicherheitspolitischen Abhängigkeit von Russland und angesichts fehlender Sicherheitsgarantien des Westens eine weitere Ostintegration vollziehen musste. Die wirtschaftlich und kulturell begründete, vermeintlich „magnetische Anziehungskraft“ des Westens auf Armenien hatte sich aufgrund des Sicherheitsdilemmas zu einer „Abstoßung“ gedreht: Armenien musste sich mit dem EEU-Beitritt nochmals enger an Russland binden, um seine Sicherheitsbedürfnisse zu erfüllen. Dies wäre bei genauerer Betrachtung durchaus vorhersehbar gewesen, da aufgezeigt werden konnte, dass die armenische Politik hinsichtlich der Karabach-Frage und den damit eng verbundenen sicherheitspolitischen Entscheidungen seit Langem pfadabhängig ist. Dies muss folglich bei einer europäischen Politik gegenüber der Republik Armenien künftig Berücksichtigung finden.

Dieser Befund ist bedeutend und sollte verhindern, dass die oberflächliche Wahrnehmung der armenischen Politik nach der Samtenen Revolution in Europa erneut binär ausfällt. So darf nun nicht davon ausgegangen werden, dass es nurmehr eine Frage der Zeit sei, bis Armenien sich gänzlich von Russland löst. Dies mag hinsichtlich der Korruptionsbekämpfung und damit der Zerschlagung oligarchischer Strukturen, die eng mit Russ-



land verwoben sind, durchaus zutreffen. Aber sicherheitspolitisch ist auch unter einem Ministerpräsidenten Paschinjan die enge Anbindung an Russland, insbesondere seit dem Karabach-Krieg 2020, alternativlos. Paschinjans Bündnis hat während des Wahlkampfes eine klare Westorientierung offenbart und so bemüht gerade er sich folglich als Ministerpräsident seit 2018 um westliche Wirtschafts- und Militärkooperationen – auch um dabei von westlichen Streitkräften zu lernen. Er folgt dabei aber weiterhin der etablierten „And-and“-Politik und so wird auch ihm dies nur soweit möglich sein, wie es nicht allzu arg den russischen Interessen zuwiderläuft.

Die Europäische Union bietet im Rahmen ihrer Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) Armenien weiterhin eine „privilegierte Partnerschaft auf der Grundlage des beiderseitigen Bekenntnisses zu gemeinsamen Werten (Demokratie und Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, verantwortungsvolle Regierungsführung, Grundsätze der Marktwirtschaft und nachhaltige Entwicklung)“<sup>796</sup> an. Die Instrumente sind vor allem bilaterale Aktionspläne, in denen politische und wirtschaftliche Reformen festgehalten werden. Bereits im Dezember 2015 wurden Verhandlungen über ein neuerliches Abkommen zwischen der EU und Armenien begonnen,<sup>797</sup> die am 28. Februar 2017 in ein vertieftes Partnerschaftsabkommen („Comprehensive and Enhanced Partnership Agreement“) gemündet sind.<sup>798</sup> Dieses Abkommen ist in der Tat vage genug, um keine erneuten Inkompatibilitäten zur strategischen Bindung der Republik Armenien zu erzeugen, da es vor allem das Bekenntnis zu gemeinsamen Werten wiederholt und im Übrigen den politischen Dialog stärken sowie – wie bereits in den vorherigen Abkommen festgehalten – den Rahmen für wirtschaftliche und soziale Reformen bieten will.<sup>799</sup> Der grundsätzliche politische Teil des vorherigen Abkommens ist weitestgehend unverändert geblieben und der wirtschaftli-

---

796 Vgl. Europäisches Parlament: „Die Europäische Nachbarschaftspolitik“, 06/2017, [http://www.europarl.europa.eu/atyourservice/de/displayFtu.html?ftuId=FTU\\_6.5.4.html](http://www.europarl.europa.eu/atyourservice/de/displayFtu.html?ftuId=FTU_6.5.4.html), (24.08.2017).

797 Vgl. Europäisches Parlament: „Drei Nachbarn der Östlichen Partnerschaft im Südkaukasus“, 06/2017, [http://www.europarl.europa.eu/atyourservice/de/displayFtu.html?ftuId=FTU\\_6.5.6.html](http://www.europarl.europa.eu/atyourservice/de/displayFtu.html?ftuId=FTU_6.5.6.html), (24.08.2017).

798 Vgl. Ost-Ausschuss der deutschen Wirtschaft: „Armenien“, September 2017, <http://www.ost-ausschuss.de/armenien>, (28.11.2017).

799 Vgl. European External Action Service: „Joint Press Release by the European Union and Republic of Armenia on the initialling of the EU-Armenia Comprehensive and Enhanced Partnership Agreement“, 21.03.2017, [https://eeas.europa.eu/headquarters/headquarters-homepage/23120/joint-press-release-european-union-and-republic-armenia-initialling-eu-armenia-comprehensive\\_en](https://eeas.europa.eu/headquarters/headquarters-homepage/23120/joint-press-release-european-union-and-republic-armenia-initialling-eu-armenia-comprehensive_en), (24.08.2017).

che Teil nunmehr kompatibel zu den Verpflichtungen, die sich aus der Mitgliedschaft Armeniens in der Eurasischen Wirtschaftsunion ergeben.<sup>800</sup> Letztlich wird dieses Abkommen daher aber auch kaum spürbare Veränderungen erzeugen können.

Dabei ist ein Politikwandel in Armenien trotz der Pfadabhängigkeit nicht unmöglich aber eben deutlich erschwert, da sehr hohe Transaktionskosten anfallen. Im Politikfeld Sicherheit sind diese Transaktionskosten mithin geradezu „gigantisch“.

Gegenüber einem „strategischen Abkommen“ mit Armenien sollte die Europäische Union, angesichts des Bündnisses mit Russland, eine größere Zahl von Einzelabkommen von subsidiären EU-Institutionen mit unterschiedlichen Ebenen und nachgeordneten Institutionen der Republik Armenien vorziehen. Eine solche Vielzahl an Einflussnahmen durch nachgelagerte Abkommen und Anreize unterhalb der „international wahrgenommenen strategischen Ebene“ könnte geeignet sein, langfristig die Abhängigkeit Armeniens von Russland zu mindern – ohne auf russischer Seite „Aktionismus“ zu provozieren.

Eine Prosperitätserhöhung des sehr armen ländlichen Armeniens – möglichst auf lokaler Ebene durch direkte Wirtschaftsförderungsprogramme – würde sich stabilisierend auf die Südkaukasus-Region auswirken und könnte zu alternativen „increasing returns“ führen, die langfristig einen Pfadwechsel begünstigen könnten. Zumindest wäre dies geeignet, die negativen ökonomischen Folgen der Pfadabhängigkeit zu mildern. Trotz des EEU-Beitritts besteht ein großes armenisches Interesse an einer Kontinuität der Handelsbeziehungen mit dem Westen. So könnten durch subventionierte Firmenansiedlungen oder Neugründungen<sup>801</sup> – die armenische Bevölkerung hat ein vergleichsweise hohes Bildungsniveau – Beschäftigungsoptionen für die seit einiger Zeit aufgrund der Wirtschaftskrise aus Russland heimkehrenden Arbeitsmigranten wie auch für aus Krisengebieten

---

800 Vgl. Euronews: „Armenien und die EU bringen Partnerschaftsabkommen auf den Weg“, 02.03.2017, <http://de.euronews.com/2017/03/02/armenien-und-eu-bringen-partnerschaftsabkommen-auf-den-weg>, (24.08.2017).

801 Ein positives Beispiel ist etwa die 2018 beschlossene Gewährung eines Kredits der Europäischen Investitionsbank (EIB) für die Förderung von Klein- und Mittelunternehmen in Armenien, vgl. o.V.: „EIB-Kredit für armenische KMU“, 31.10.2018, [https://www.nov-ost.info/Armenien/eib-kredit-fuer-armenische-kmu.html?fbclid=IwAR3aIV\\_vO59Ddv1-Lan7M-I7MIzonxdIq7U-uzFARp8rSy3pqJXp6\\_WCx1c](https://www.nov-ost.info/Armenien/eib-kredit-fuer-armenische-kmu.html?fbclid=IwAR3aIV_vO59Ddv1-Lan7M-I7MIzonxdIq7U-uzFARp8rSy3pqJXp6_WCx1c), (23.11.2018).

fliehende Armenier<sup>802</sup> geschaffen und somit langfristig die Handelsabhängigkeit von Russland substituiert werden, zumal die Folgen der westlichen Sanktionen auch in eurasischen Ländern die antiwestlichen Ressentiments verstärken könnten und dem erklärten Ziel einer Stärkung der Wirtschaften in den Ländern der Östlichen Partnerschaft zuwider läuft. Erschwerend kommt hinzu, dass die russischen Medien auch in Armenien konsumiert werden und somit die zunehmende antiwestliche Propaganda langfristig in einigen Bevölkerungsteilen wirken könnte.<sup>803</sup>

Das Schaffen alternativer Interessen und neuer Stakeholder (und gegebenenfalls späterer Vetospieler, um Wandel durch „domestic restructuring“ und „bureaucratic advocacy“ zu begünstigen) könnte vor Ort langfristig politische Handlungsalternativen befördern. Bei der Implementation müssten die fördernden Akteure jedoch dauerhaft in der jeweiligen Region präsent sein, um die in der Fläche noch immer weit verbreitete Korruption im direkten Kontakt zu reduzieren und so tatsächlich Alternativen zu bestehenden Strukturen aufzuzeigen und anzuleiten. Die politischen Rahmenbedingungen dafür sind in Armenien seit 2018 so günstig wie noch nie, da die Regierung Paschinjan aufrichtig an einer Korruptionsbekämpfung interessiert ist und sehr innovativ agiert. Letztlich würde dies das Ziel der EU fördern, einen Ring von stabilen Staaten um sich herum zu ziehen mit denen es Handel treibt und Werte teilt. Es bleibt jedoch abzuwarten, wie sich die Ereignisse des November 2020 auf die armenische Politik auswirken und ob sich die modernistischen Kräfte werden halten können.

Solange keine westlichen Sicherheitsgarantien ausgesprochen werden können – und dies wird absehbar weiterhin nicht der Fall sein –, darf Armenien jedenfalls nicht erneut in eine Position gedrängt werden, in der es sich zwischen Europa und Russland „auf der politischen Bühne“ entscheiden muss, da es bis auf Weiteres jederzeit erneut eine weitere russische Annäherung suchen müsste.

---

802 Nach den Massenenmordungen 1915 sind zahlreiche Armenier beispielsweise nach Syrien geflohen und dort ansässig geworden. Vor dem dortigen Krieg lebten ca. 90.000 ethnische Armenier in Syrien. Seit 2011 sind etwa 30.000 Armenier in die als Heimatland wahrgenommene Republik Armenien „zurückgekehrt“, vgl. o.V.: „Reverse diaspora. Syria's Armenians are fleeing to their ancestral homeland“, 26.06.2017, [https://www.economist.com/europe/2017/06/26/syrias-armenians-are-fleeing-to-their-ancestral-homeland?fbclid=IwAR2rjXqrEpEdNSNy4OnLohsaoTMXiqGXjc8Qo1TchjliCjubHfi\\_FzkZrs](https://www.economist.com/europe/2017/06/26/syrias-armenians-are-fleeing-to-their-ancestral-homeland?fbclid=IwAR2rjXqrEpEdNSNy4OnLohsaoTMXiqGXjc8Qo1TchjliCjubHfi_FzkZrs), (23.11.2018).

803 Vgl. Libman, Alexander: Wirtschaftskrise in Russland. Risiken und Kosten für andere Länder Eurasiens, (SWP-Aktuell 10, Februar 2015), [http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2015A10\\_lbm.pdf](http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2015A10_lbm.pdf) (19.03.2015).

Dass die Europäische Union sich im Verlauf des Karabach-Krieges 2020 gänzlich aus jedweden Verhandlungen herausgehalten hat, ist eine vertane Chance. Der beständige Verweis auf den internationalen „Minsk-Prozess“ ist nicht zielführend, da dieser – nicht zuletzt aufgrund der Zusammensetzung des Co-Vorsitzes – seit Jahren unfruchtbar ist und stagniert. Die EU hätte sich folglich selbst in das „Minenfeld“ dieses Konflikts trauen und seinerseits Lösungsimpulse erarbeiten müssen, da es im Rahmen der Östlichen Partnerschaft verkündet hatte positiven Einfluss nehmen zu wollen. Der am 31. Oktober 2020 kurzzeitig von kalifornischen Politikern vorgebrachte Vorschlag, skandinavische Friedenstruppen in Karabach zu stationieren – die selbst keine politischen Interessen in der Region verfolgen – wäre eine durchaus gute Herangehensweise gewesen.<sup>804</sup>

Ein westliches Engagement 2020 hätte langfristig einen grundlegenden Politikwechsel in Armenien deutlich begünstigen können. Dabei wurde dieser Wechsel bislang von dem bis 2018 regierenden Karabach-Klan verhindert, die Samtene Revolution allerdings hatte einen erheblichen Spielraum bei allen politischen Parteien und Akteuren Armeniens freigesetzt. Die armenischen Erwartungen an eine militärische Unterstützung durch den Bündnispartner Russland waren dabei bereits beim zurückliegenden Aufflammen des Karabach-Konflikts im März und April 2016 – wie oben ausgeführt – enttäuscht worden, so dass ein erweiterter Verhandlungsspielraum für europäische Politiker entstanden war, der jedoch nicht genutzt wurde und seit Ende 2020 wieder deutlich verkleinert ist.

Ein sich kulturell Europa sehr nahe fühlendes Armenien auch politisch und wirtschaftlich enger an Europa zu binden, ist aus idealistischer Sicht sehr wünschenswert. Angesichts der politischen Zwänge Armeniens, der Integrationskonkurrenz und Gespaltenheit zwischen Ost und West müsste die EU aber sicherheitspolitischen Aspekten Rechnung tragen.<sup>805</sup> Dies birgt, wie aufgezeigt wurde, realistisch betrachtet auch erhebliches Konfliktpotenzial. Da Europa zwar zuvorderst als idealistisches Friedensprojekt begonnen worden ist, derzeit aber mit erheblichen Fliehkräften ringt und massiven wirtschaftlichen wie politischen Problemen ausgesetzt ist, wird

---

804 Vgl. o.V.: „(Armenien und Aserbaidshan) sollten skandinavische Friedenstruppen akzeptieren [...]“, 31.10.2020, <https://www.facebook.com/watch/?ref=saved&v=2848120558798818>, (24.11.2020). Im Übrigen waren die unterschiedlichen bereits existenten Lösungsansätze des Bergkarabach-Konflikts jedoch nicht im Fokus dieser Arbeit. Hierzu wird auf die einschlägige Literatur verwiesen, siehe etwa Soghomonyan, Vahram (Hrsg.): *Lösungsansätze für Berg-Karabach/Arzach. Selbstbestimmung und der Weg zur Anerkennung*, Baden-Baden 2010.

805 Vgl. Popescu, Behind – and beyond – Armenia’s Choice, S. 2.

es in absehbarer Zeit wohl nicht die Fähigkeit aufweisen können, für Armenien eine strategische Alternative zu Russlands CSTO und EEU darzustellen.

Anhand der Entscheidung Armeniens 2013 wurde der EU deutlich vor Augen geführt, dass der Zugang zum weltgrößten Markt allein – angesichts der Integrationskonkurrenz, die Russland bewusst für sein „nahes Ausland“ gegenüber dem Westen aufbaut – nicht mehr in jedem Fall ein ausreichendes „Lockmittel“ ist.<sup>806</sup> Dies gilt umso mehr für Staaten, deren Produkte auf dem europäischen Markt kaum wettbewerbsfähig sind. Andere Faktoren, wie aufgezeigt insbesondere sicherheitspolitische, können hingegen den entscheidenden Ausschlag bezüglich der „Integrationsrichtung“ geben. Die EU muss daher – trotz (oder gerade wegen) ihrer gegenwärtigen Schwäche – langfristig geeignete Vehikel noch deutlich unterhalb der Schwelle zur EU-Mitgliedschaft (und damit der GSVP) finden, um im Rahmen ihrer begonnenen Nachbarschaftspolitiken gewisse Sicherheitsgarantien anbieten zu können.

Die Republik Armenien weist zahlreiche Besonderheiten auf, weshalb sie in der vorliegenden Studie bewusst als Einzelfall untersucht wurde. Die oben aufgezeigten Rückschlüsse ergeben aber einen Erkenntnisgewinn, der auch für weitere Fälle aufschlussreich sein kann.

So ist Armenien keinesfalls der einzige Staat, der einen „Drahtseilakt zwischen Ost und West“<sup>807</sup> versucht, vielmehr trifft dies auf eine Reihe an Staaten gerade im postsowjetischen Raum zu. So hat auch der langjährige EU-Beitrittskandidat Serbien am 25. Oktober 2019 ein Freihandelsabkommen mit der EEU unterzeichnet und damit EU-Politiker irritiert.<sup>808</sup>

Russland tritt verstärkt als strategischer Konkurrent zum Westen auf und bietet mit Formaten wie der CSTO oder der EEU ein alternatives Integrationszentrum an, was gewisse Wirtschaftsreize, faktisch aber vor allem Sicherheit etwa durch Waffenlieferungen ohne moralische Vorbehalte bieten kann. Die Nachbarschaftspolitik der EU hat dabei vielfach als fataler Katalysator gewirkt. Die „Nebenwirkungen“ der vorwiegend wertegeleiteten Außenpolitik gegenüber Transformationsländern beziehungsweise

---

806 Vgl. Popescu, Behind – and beyond – Armenia's Choice, S. 1.

807 Roser, Thomas: „Abkommen mit Eurasischer Wirtschaftszone. Wie EU-Beitrittskandidat Serbien Brüssel trietz“, 14.09.2019, <https://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/abkommen-mit-eurasischer-wirtschaftszone-wie-eu-beitrittskandidat-serbien-bruessel-trietzt/25013528.html>, (10.04.2020).

808 Vgl. Beckmann-Dierkes, Norbert/Schubert, Lucas: „Serbien und die Eurasische Wirtschaftsunion“, 15.11.2019, <https://www.kas.de/en/web/serbien/laenderbericht/detail/-/content/serbien-und-die-eurasische-wirtschaftsunion>, (18.04.2020).

Hybridregimen wurden völlig unterschätzt, denn Werte muss man sich, auch als Staat, erst einmal „leisten können“.<sup>809</sup> Dabei bleibt es aus westlicher Sicht weiterhin völlig richtig, gerade Transformationsländer nicht dem Einfluss autokratischer Großmächte zu überlassen. Vielmehr dient es sowohl europäischen Interessen wie auch den gemeinsamen Werten der EU, die Prosperität und Stabilität ihrer Nachbarländer zu fördern. Dies gelingt jedoch nicht, wenn insbesondere Sicherheitsbedürfnisse in diesen Ländern schlichtweg ignoriert werden.

Ansätze für Sicherheitsgewinne deutlich unterhalb einer Mitgliedschaft können möglicherweise bei der NATO entlehnt werden: So hat die NATO beispielsweise in Georgien ein Büro sowie ein Ausbildungscamp eröffnet, um eine gewisse militärische Präsenz im Kaukasus zu zeigen, ohne eine Eskalation durch weitreichendere Integrationsschritte zu befördern. Dies bewegt sich weit unterhalb eines potenziellen NATO-Beitritts, könnte aber möglicherweise zumindest einen heißen Krieg zwischen Georgien und Russland etwas unwahrscheinlicher werden lassen – gänzlich verunmöglichen kann dies einen Konflikt zweifellos nicht, denn auch bei Kriegsausbruch 2008 hielten sich bereits US-Soldaten zu Ausbildungszwecken in Georgien auf. Eine unterschwellige, hybride Auseinandersetzung kann es mithin gleichfalls nicht verhindern.

Nun hat auch die EU bereits zahlreiche Delegationen in die Kaukasusregion entsandt und u.a. ein Büro in Eriwan eröffnet. Deren Bedeutung ist jedoch ausschließlich und bewusst rein politischer Natur. Der nach dem Einmarsch Russlands in Georgien 2008 verfasste Friedensplan wird bis heute von russischer Seite ignoriert. Der EU fehlt „hard power“, um in derartigen Konflikten eine bedeutende Rolle zu spielen. Eine institutionalisierte Zusammenarbeit mit der GSVP, die etwa in militärische Kooperationen oder Ausbildungseinrichtungen mündet, könnte ein Anfang sein, um die sicherheitspolitische Abhängigkeit von Russland zu mildern. Zweifellos birgt dies aber auch Eskalationspotenzial.

Die Hürden hierfür sind jedoch ohnehin groß und das skizzierte Engagement der EU würde zunächst voraussetzen, dass überhaupt ein ausreichend hohes Interesse an dem kleinen Land und Kenntnis über die Verhältnisse in Armenien vorherrschen. Dies ist mithin fraglich. Die vorliegende Untersuchung soll dies fördern.

---

809 Siehe dazu Ullrich, Wolfgang: „Werte muss man sich leisten können – der neue Moraladel“, 03.01.2018, <https://www.nzz.ch/meinung/werte-muss-man-sich-leisten-koennen-der-neue-moraladel-ld.1332906>, (18.04.2020).

Europa hätte mit einer Einmischung zwischen 2018 und 2020 zu einer Lösung eines seit Jahrzehnten schwelenden Konflikts<sup>810</sup> und zu einer Verbesserung der Lebensumstände eines insgesamt sehr armen Landes beitragen können, das sich nicht zu Unrecht als eine Wiege der abendländischen Kultur perzipiert. Die EU sollte als Kultur- und Wertegemeinschaft mehr Gewicht auf die europäisch-armenischen Beziehungen legen und damit helfen, den strategischen Handlungsspielraum für die Republik Armenien zu erweitern. Dies würde eine Transformation und die begonnene Demokratisierung Armeniens zusätzlich deutlich befördern. Das Land birgt dabei gesellschaftlich durchaus das Potenzial, nach einer Einhegung in die „europäische Familie“ zu einer konsolidierten Demokratie zu werden – durchaus ähnlich wie Spanien und Portugal nach dem EU-Beitritt 1986. Tatsächlich ist das Bildungsniveau hoch, gut ausgebildete Exilarmenier wurden von der neuen Regierung unter Paschinjan angelockt und die Samtene Revolution hatte 2018 in weiten Teilen des Landes das Gefühl eines Aufbruchs „wie in einem Startup-Unternehmen“ verbreitet. Es bleibt zu hoffen, dass sich dieser Geist in den kommenden Jahren – trotz des verlorenen Krieges 2020 – erhält und sich die wirtschaftlichen Verhältnisse, in denen aktuell noch immer ein Drittel der Menschen unterhalb der Armutsgrenze lebt, weiterhin zum Positiven ändern.

In der Hauptstadt Eriwan steht im Siegespark – auf der Plattform eines früheren sowjetischen Stalin-Denkmals – seit 1967 die Statue „Mutter Armenien“. Als Allegorie der Nation überblickt sie schützend die Hauptstadt Eriwan in Richtung des seit 1921 in der Türkei befindlichen symbolträchtigen Doppelberges Ararat. Auf ihr steht der hoffentlich seit der Revolution 2018 (und damit 100 Jahre nach Gründung der ersten Republik) auch in Bezug auf den weiterhin ungelösten Bergkarabach-Konflikt handlungsleitende Sinnspruch: „Die Zukunft des armenischen Volkes liegt nicht im Kampf, sondern in der Weisheit.“

---

810 Das strategische Ziel der Lösung von Konflikten in der Nachbarschaft der EU (auch zur Eigensicherung) hat diese seit 2003 wiederholt formuliert, siehe Council of the European Union: „A Secure Europe in a Better World. European Security Strategy“, Brüssel 12.12.2003, [www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/78367.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/78367.pdf), (12.07.2016), S. 7–8.